

Reisebericht Afghanistan 2005

04-05 bis 11-05

Von Kabul über Parvan nach Kohistan und die Provinz Kabul

Fanny Dethloff

**Flüchtlingsbeauftragte der
Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche**

**Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft
Asyl in der Kirche**

Königstr. 54

22767 Hamburg

040- 30 62 0 364

www.hamburgasyl.de

Lindenstr. 85

10969 Berlin

030-24

www.kirchenasyl.de

Anlass der Reise

Ich bin seit über drei Jahren im Amt der Flüchtlingsbeauftragten. Während dieser Zeit ging es immer wieder auf den Innenministerkonferenzen über einen möglichen Start der Abschiebungen von Afghanen. In Hamburg leben ca. 15.000 Afghanen, z.T. mit deutscher Staatsbürgerschaft, unterschiedlichen Aufenthaltstiteln, aber auch ca. 3.000 Geduldeten.

Nach über 20 Jahren Abschiebestopp und über 30 Jahren Bürgerkrieg und Krieg in Afghanistan bedeutet das, dass bevor Abschiebungsmaßnahmen angedacht würden, dies vorher einer Lageanalyse bedarf, die mit besonderer Sorgfalt zu erstellen sei.

Alle internationalen Organisationen, wie UNHCR, aber auch Amnesty International und der Lagebericht des Auswärtigen Amtes sprechen gegen Zwangsrückführungen.

Anfragen von Betreuern von Asylbewerberunterkünften aus Kirchengemeinden, Migrationsberatungsstellen und afghanischen Verbänden häuften sich immer dann, wenn in der Öffentlichkeit darüber nachgedacht wurde, ob eine Rückkehr möglich sei.

Die meisten Anfragen kamen von Afghanen selbst, die mit einer Duldung über Jahre leben mussten und mit diesem ungesicherten Aufenthalt als erstes befürchteten, abgeschoben zu werden.

Da dies in Hamburg aber vielfach alleinstehende Frauen mit Kindern waren, war immer wichtig, genaue Aufklärung zu betreiben und zur Sachstandslage Auskunft zu geben. Viele dieser Frauen sind westlich sozialisiert. Hier gab es bereits mehrere Verzweiflungstaten, obwohl diese Gruppe z.Z. nicht zurückkehren wird.

Unter dem Eindruck von konkreten Hamburger Plänen, vor der nächsten Innenministerkonferenz mit Abschiebungen zu beginnen, entschloss ich mich gemeinsam mit Rafiq Shirdel, SPD-Mitglied, Mitbegründer des Netzwerk Afghanistan Info, und Antje Möller von der GAL, die zeitgleich plante, nach Kabul zu fliegen. Rafiq Shirdels Familie besitzt in Kabul und Umgebung noch Häuser, so dass wir privat untergebracht werden konnten. Rafiq Shirdel flog als Dolmetscher mit und ermöglichte vielfältige Kontakte, neben den offiziellen Gesprächspartnern.

Allgemeine Bedingungen:

In Kabul gelandet nach einem 7,5 Stunden Flug durch die Nacht, kamen wir direkt in den Morgenverkehr einer Stadt, die für 300.000 Bewohner mal eingerichtet war, das mindestens das Zehnfache verkraften muss. Das Gleiche gilt für den Autoverkehr. Waren es zu Talibanzeiten 30.000, so sind es jetzt geschätzte 300.000 Autos. Die Menschen bauen ihre Behausungen wild die Hänge hinauf. Man könnte dies und die vielen kleinen Gemüsestände für einen wirtschaftlichen Aufbruch halten.

Allerdings bedeutet dies auch, dass diese Stadt mit allem überfordert ist:

Es gibt kein Straßensystem in den vielen neuen gebauten Vierteln. In der gesamten Stadt gibt es keine Kanalisation. Es gibt in 80 % der Häuser keine Wasserversorgung.

Viele Brunnen haben eine sehr schlechte Wasserqualität, da die Abwässer offen abfließen.

Die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal und verursachen Krankheiten der Augen, der Atemwege und des Verdauungstraktes. Die Luft ist hoch toxisch.

Stromversorgung und Straßenverhältnisse haben keinesfalls in gesamten Land einen irgendwie akzeptablen Zustand erreicht.

Die Gesundheitsversorgung ist desolat. Selbst in Kabul, wo man annehmen müsste, dass durch viele der anwesenden Nichtregierungsorganisationen, immerhin ca 1700, eine Gesundheitsversorgung gewährleistet sein sollte, ist dies nicht der Fall.

Die Sicherheitslage auch für ausländische Mitarbeitende ist immer wieder prekär, so dass viele Nichtregierungsorganisationen daran gehindert sind, ihren eigentlichen Aufträgen nachzukommen. Nur 10 % arbeiten außerhalb Kabuls, weil es da noch unsicherer ist.

Die meisten Afghanen, mit denen wir sprachen, fürchten um ihre Sicherheit und um die ihrer Kinder. Am deutlichsten zeigt es sich bei Einbruch der Dunkelheit, wenn sich niemand draußen bewegen mag. Viele Übergriffe finden nachts statt und niemand traut eigentlich dem Frieden in der Stadt.

Das Leben findet in der Familie statt. Es gibt keine öffentlichen Veranstaltungen oder Festivitäten. Hochzeiten sind nicht nur familiäre sondern die einzigen gesellschaftlichen Höhepunkte.

Wir sprachen, in Kabul mit Vertretern des UNHCR-Büros und IOM, mit dem Staatsrat des Flüchtlingsministerium, dem Deutschen Botschafter und einem seiner Mitarbeiter und verschiedenen ISAF-Mitarbeitern.

Wir trafen uns mit Frauen auf dem Land, in der Stadt, sprachen mit Studentinnen, einer Juristin der Human Rights Commission von Afghanistan. Diskutierten mit Rückkehrerinnen und Migrantinnen, mit Gesundheitsberaterinnen, einer Hebamme und Müttern. Wir informierten uns über ihre Lebenssituation, ihre Zukunftshoffnungen und -perspektiven, Gesundheitsversorgungs- und Bildungsfragen.

Wir sprachen mit einem Distriktgouverneur, verschiedenen Polizisten in unterschiedlichen Rängen, einem Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums und dem Universitätspräsidenten über Fragen der Sicherheit, der Parlamentswahl, des Bildungssystems und über die Probleme und Hoffnungen, die sie sehen.

Wir haben in sehr kurzer Zeit durch die vielen offiziellen, mehr aber noch durch die privaten und halboffiziellen Kontakte ein sehr differenziertes Bild erhalten.

Wir haben drei Provinzen bereist.

Sicherheitslage

Vom Reisebeginn an in Kabul hatten wir einen bewaffneten Polizeiobersten an unserer Seite. Hätten wir, wie andere NROs darauf verzichtet, hätten wir viele Besuche nicht machen können. So aber konnten wir uns auch in für Ausländer nicht zugängliche Distrikte und Stadtbereiche bewegen.

Als wir ankamen, war gerade der Versuch unternommen worden, einen inhaftierten Warlord freizupressen durch die Geiselnahme von Ausländern. Ein Weltbankmitarbeiter war einem Entführungsversuch knapp entronnen.

Was in unseren Zeitungen nicht mehr vorkommt angesichts der vielen Bombenanschläge im Irak, ist in Afghanistan allorts sehr präsent.

Eine Autobombe war in der Woche vor einer Polizeistation explodiert. Es gab zwei Tote. Immer wieder gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen, deren Hintergründe unklar bleiben. Menschen werden entführt, alte Rechnungen beglichen.

So war die Sicherheit auch immer eine wichtige Frage bei unseren Besuchen.

Alle ausländischen Vertretungen und UN-Organisationen liegen gesichert hinter hohen Mauern, Stacheldraht gesäumt, haben z.T. Panzerabwehrsperrern, verfügen über einen eigenen Bunker. Wachpersonal steht davor. Alle reinfahrenden Autos werden kontrolliert auf Bomben. Die meisten fahren mit zwei Wagen, über Funk verbunden in sehr schnellem Tempo durch die Stadt (soweit das möglich ist). Sie machen deutlich, dass sie keine Waffen tragen, andererseits halten sie engen Funkkontakt zu den ausländischen Sicherheitskräften.

Katharina Lumpp vom UNHCR, immerhin seit über drei Jahren im Land, sagte, es würde gerade wieder unsicherer werden. Die Mitarbeitenden hätten strengere Auflagen, dürften öffentliche Orte wie Restaurants nicht mehr besuchen aus Sorge vor Entführungen und Anschlägen.

Der deutsche Botschafter, Herr Steck, hielt die Sicherheitslage für relativ gut. Später relativierte er diesen Satz bei unseren Nachfragen: Sie sei „beherrschbar“.

Auch bei der ISAF waren die Auskünfte ähnlich.

Ganze Provinzen im Süden, Südosten, Osten gelten als unsicher, da es immer wieder zu Kampfhandlungen kommt. Während die USA behaupten, es handle sich um Taliban oder Al-Kaida-Gruppen, sagen die Experten der ISAF, es handle sich um UMFs (unidentified military forces).

Aber auch in Kabul sei die Lage nicht immer überschaubar. Die Vorfälle werden dokumentiert und untersucht. Aber die Hintergründe bleiben oft im Dunklen.

Der letzte Raketenangriff auf das Lager „Camp Warehouse“ der ISAF lag im Oktober 2004 schon einige Zeit zurück.

Auf den Polizeistationen gilt die Frage nach der Sicherheit als kompliziert zu beantworten. Immerhin sind die Deutschen seit dem Petersberger Abkommen dafür zuständig und schulen die Polizisten.

Andererseits ist die Polizei selbst ein Problem der Sicherheit. Ein Oberst verdient 4900 Afghani, ein einfacher Polizist 800 Afghani im Monat.

(65 Afghani sind 1 Euro).

80 Euro bräuchte man aber nur für die Nahrung.

Die Miete für eine Wohnung in Kabul liegt bei 200 bis 500 Euro im Monat

Die Fahrt nach Parvan, einem Ort vor Kabul, wo z.B. einige Polizisten wohnen, kostet 50 Afghani. Viele Polizisten schliefen in den Polizeistationen, um Fahrtkosten zu sparen. Im Distrikt 12, wo die Polizeistation eine alte Hühnerfarm ist, gibt es kein Fensterglas sondern Plastikfolien und keine Toiletten. Da das Wasser vergiftet ist, wird es zum Trinken von zu Hause mitgebracht.

Unter diesen Bedingungen wundert es nicht, dass viele Polizeistationen selbst für „Einnahmen“ sorgen. So sind Polizeikontrollen meist eine reine Schikane gegen die Bevölkerung, um zusätzliche Mittel einzutreiben und den eigenen Verdienst aufzubessern. Hier gibt es Vorschläge der deutschen Seite an das afghanische Innenministerium, das Grundgehalt für Polizisten anzuheben. Allerdings bleibt die Frage, woher der Staat die Finanzmittel nehmen soll.

Ein anderes Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit, die bei angeblich 90% liegt. Viele Konflikte in Familien entstehen durch die Arbeitslosigkeit, die Armut und die Obdachlosigkeit. Die Polizei ist aber kaum erreichbar für solche Auseinandersetzungen. Es gibt allein über die Maluks, die Dorfältesten oder Bürgervorsteher eine Handynummer, die ein Oberst dann privat weitergibt. Auch mit den Polizeiwagen, die vereinzelt vorhanden sind, kann die Polizei nicht oft Streife fahren, da das gelieferte Benzin nicht ausreicht. Schnell zu fahren, empfiehlt sich auch nicht, da die ungeteerten Straßen oder tiefen Schlaglöcher dies verhindern.

Die Bevölkerung, so unser Eindruck, fürchtet zudem eher die Polizei, als dass sie sie zur Hilfe rufe. Schließlich weiß man nie, ob man Recht bekommt, oder ob es sich, bei dem Polizisten um einen Verwandten des Täters handeln könnte, und man dadurch eher Schläge obendrein bekommt. Gerade die, die den Eindruck machten, sie hätten etwas mehr Geld, geraten schnell in solche Auseinandersetzungen, und man nimmt ihnen Geld ab. Davon gab es mehrere Berichte von Betroffenen.

Bei aller Schulung durch ISAF-Soldaten (Durchsuchungsmethoden, Umgang, 1.Hilfe), trafen wir doch selbst auf einen Verkehrspolizisten, der unserem Fahrer sofort Prügel anbot, sollte dieser das Fahrzeug nicht unverzüglich wegbewegen.

Bei allen Rückkehrern, die sich in Deutschland aufhalten, ist es eine große Sorge, dass ihnen vorhandenes Geld abgepresst wird. Und dies erscheint berechtigt, sieht man die Verhältnisse.

Wir selbst waren gut geschützt. Wie gut erfuhren wir meist erst im Nachhinein. So war uns nicht klar, was der Sinn war, als man uns nicht erlaubte, die erste Computerreihe eines Internetschops zu benutzen, sondern aufforderte, nach hinten in den Raum durchzugehen und dort zu arbeiten. Auch warum eine viel kürzere Frist als vorgesehen nur möglich war, war für uns nicht einsichtig. Wir wurden aufgefordert zu gehen. Wenige Stunden später explodierte in der gleichen Straße im Zentrum Kabuls ein paar Meter weiter ein Internetschop. Es gab drei Toten und 6 Verletzten.

Wir sahen das drittgrößte Gefängnis der Welt, Pole Tschakre, von außen, das drei Stockwerke in die Tiefe geht. Uns wurde von der Niederschlagung eines Aufstandes im Gefängnis, der wenige Wochen zurück lag, durch einen Polizeiobersten erzählt. Danach war der Trakt einfach bombardiert worden.

Wir fuhren noch in ein Lager von Rückkehrern, in Kabul gestrandeten Obdachlosen, in dem es einen Aufstand am 3.5.05 gegeben hatte. Polizisten waren nur mit Waffengewalt der Situation wieder Herr geworden. Bei 4 Millionen Rückkehrern, vielen Pendelmigranten zwischen Iran, Pakistan und Afghanistan, sowie massiver Obdachlosigkeit, werden lediglich landesweit 400.000 Flüchtlinge von UNHCR betreut. Viele Menschen werden bei Rückkehr

registriert und reisen weiter in ihre Heimatprovinzen. Kommen sie aber dort nicht zurecht, kehren sie nach Kabul zurück, reihen sie sich ein in ein Heer aus Gestrandeten, für die offiziell keiner zuständig ist.

Da es für Binnenvertriebene keine internationalen Abkommen gibt, ist eine Erfassung der Probleme kaum möglich.

Fazit

Die Sicherheitslage ist kritisch. Von einem funktionierenden Polizeisystem und einem arbeitenden Justizsystem kann kaum die Rede sein.

Es sind erste Versuche zu erkennen, aber alles leidet unter den provisorischen Bedingungen. Vieles wird durch Korruption und Vetternwirtschaft untergraben, was bei der hohen Arbeitslosigkeit, der immensen Armut und der traditionellen Macht- und Gewaltenteilung auf Grundlage von Verwandtschaftsverhältnissen kein Wunder ist.

Um das „nation building“ umsichtig durch Rückkehrer sinnvoll voranzubringen und zu unterstützen, bräuchte es mehr Anreize für freiwillige Rückkehrer, die mit entsprechenden internationalen Löhnen ausgestattet, für eine Zeit befristet dort arbeiten. Solche EU-Programme z.B., die bereits laufen, werden vor allem von Afghanen in Westeuropa genutzt, die einen festen Aufenthaltsstatus haben.

Eine weitere Destabilisierung durch Abgeschobene, ohne ausreichende finanzielle Mittel, die andererseits aber auch zu Gefährdungen führen könnten, sowie ohne eine familiäre Anbindung, wird eher Menschen in kriminelle Bezüge treiben und eher destabilisierend auf die Gesamtlage wirken.

Zudem wird die Parlamentswahl als Test angesehen, ob die Lage politisch überhaupt sich als stabil erweist.

Die UNO-Kriterien (s. Anhang) sind hier anzuwenden, d.h. dass ein Land erst dann als sicher gilt, wenn es freie Wahlen hatte und danach 12 bis 18 Monate sich konsolidiert hat.

Flüchtlinge und Rückkehrer

Soziale Absicherung

Sowohl IOM wie UNHCR betonen ihre Zuständigkeit ausschließlich für Flüchtlinge, bzw. freiwillige Rückkehrer. Für Abgeschobene sind sie laut Vereinbarungen nicht zuständig.

Wir sprachen mit mehreren Afghaninnen, die in Pakistan und Iran als Flüchtlinge gelebt haben. Die nahen Grenzen, die Möglichkeit der Pendelmigration, die besseren Ausbildungschancen im Exil haben die meisten betont.

So sind gerade Witwen mit Kindern anscheinend sehr viel sicherer in Pakistan, da sie dort Arbeit finden können und leben können, was sie für sich in Afghanistan nicht sehen.

Alleinstehende Frauen haben wir so nicht kennen gelernt. Es gibt sie nicht. Erst die älteren Witwen, die bei ihren Töchtern leben, sehen nur in der Familie einen Schutz.

Es gibt keine Witwen- und Waisenversorgung.

Die Renten sind zu gering. So sprachen wir mit „Rentnern“: Einer, der 44 Jahre gearbeitet hatte, bekam 200 Afghani, ein Anderer, der im Krieg war und nur insgesamt 16 Jahre gearbeitet hatte, verzichtete auf die errechneten 9 Afghani.

Ein Kriegsveteran (ohne Beine) musste 3 Ministerien aufsuchen und seinen Distriktgouverneur, um Unterschriften für eine Rente über 300 Afghani zu erhalten.

Ohne Familie ist ein Überleben nicht gewährleistet. Besitzt man dann kein Haus, kein Land, auf dem man etwas anbauen kann, wird die Selbstversorgung schwer.

Beim UNHCR diskutieren wir über die gescheiterten Verhandlungen zwischen dem afghanischen Flüchtlingsministern und dem BMI. Das BMI wollte ein bilaterales Abkommen über die Rückschiebung von 16 000 Afghanen haben (Stichtag ist der 28.1.1998), was die afghanische Regierung mehrfach ablehnte.

Die deutsche Philosophie dabei ist: bilaterales Abkommen nur zu Abschiebungen, da die freiwillige Rückkehr mit IOM und UNHCR unter Dach und Fach ist. Jeder kann ja „freiwillig“ zurückkehren.

Andere europäische Staaten haben im Verbund mit UNHCR ein trilaterales Abkommen unterzeichnet. Es geht vor allem um das trilaterale Abkommen mit dem Vereinigten Königreich.

Inhalte sind:

-Einreise 2001. Über vier Jahre Aufenthalt bietet ein Bleiberecht, einen gesicherter Aufenthalt in Großbritannien.

Unter 4 Jahre Aufenthalt forcierte Rückkehr, allerdings anders als die deutsche Abschiebungspraxis als "supported deportation".

- strenger humanitärer Kriterienkatalog
 - o keine Frauen und Kinder allein,
 - o Zeit für die Rückkehr,
 - o keine Kranken, da nichts in Afghanistan behandelbar ist,
 - o Rücksicht auf Schulbildung
- Rückkehr in Heimatgebiete, nicht nach Kabul
- Unterstützte Abschiebungen, supported deportations, meint, dass alles aufgelöst werden darf, man alles Geld und Habe mitnehmen könnte – und nicht wie in Deutschland: 50 Euro höchstens und einen Koffer.

Diese Abschiebungen im deutschen Stil durchgeführt sind unlauter und inhuman. Selbst die Rückkehrer aus Pakistan nehmen alles mit, was sie in den Jahren des Exils aufgebaut haben. Sollte ein Leben nicht gelingen, kehren viele auch nach Pakistan oder Iran wieder zurück.

Im Iran und Pakistan warten noch mehrere Hunderttausend Menschen auf eine Rückkehr. Viele haben sich aber auch dort eine Existenz aufgebaut.

Mit dem Iran werden durch den UNHCR Arbeitserlaubnisse für Afghanen ausgehandelt, mit Pakistan Entwicklungsprogramme, um die dort angesiedelten Menschen weiterhin zu behalten.

Im Büro von IOM wurden wir vom Leiter, Matt Huber, freundlich begrüßt. Sein Power-point Vortrag (s.Anhang) zeigt die Zahlen auf. Es gibt eine größere Anzahl von Rückkehrer aus europäischen Ländern, die aber im Vergleich zu den Rückkehrern aus Pakistan und Iran nicht ins Gewicht fallen. Dennoch seien gerade die freiwilligen Rückkehrer wichtig, die Ausbildung, Berufe, Ideen und Finanzen mitbringen
Allerdings sei die Lage der Kinder schwierig: 8 von 10 Rückkehrerkinder finden sich nicht zurecht, brauchen besondere Unterstützung bei der Integration.

Auch ist es abwegig, die eine Gruppe der Rückkehrer aus benachbarten Exilländern mit der der aus Europa Abgeschobenen z.B. zu vergleichen.

Zwischen Pakistan, Iran und Afghanistan bestehen neben kultureller Ähnlichkeiten eben auch langjährige Verbindungen. Es gibt eine rege Pendelmigration.

Dies ist aus Europa so nicht möglich. Hier sind eher die im sicheren Aufenthaltsstatus sich befindlichen Afghanen vergleichbar. Auch sie kommen, leisten Aufbauhilfe, „capacity building“, sichern ihre eigenen oft zerstörten Häuser, bauen auf, - aber lassen gerne noch ihre

Familien in Europa, wo Ausbildung für die Kinder, Gesundheitsversorgung etc. gewährleistet sind.

Der Sprung für junge, in Europa aufgewachsene Menschen ist besonders gewaltig.

Wir fragten nach Erfahrungen, die Rückkehr zu propagieren und auch hier ist Großbritannien vorn, da dort Rückkehrer aus Afghanistan selbst berichten können und dies überzeugender tun, als in Deutschland ansässige Organisationen, die Hochglanzmaterial von IOM vorweisen.

Beispiele

Wir fuhren mit einem IOM Fahrzeug zu einem aus Deutschland (Ulm) Zurückgekehrten, der mit 2 Frauen und 5 Kindern in 2 Räumen lebt und von IOM einen Laden für Autozubehör eingerichtet bekommen hat. Er war sehr nervös, was er sagen konnte. Er hatte Befürchtungen, dass es ihm schlecht erginge, wenn er die Wahrheit sagen würde, dass er lieber wieder nach Deutschland gehen würde. Das Leben sei hart und unsicher. Er habe 5 Autos aus Pakistan überstellt und 2000 \$ "Gebühren" überall bezahlt. Er ist unglücklich und weiß nicht, wie er das Leben meistern wird. Nach 12 bis 18 Monaten fällt die Unterstützung durch IOM weg.

Der IOM-Mitarbeiter selbst war aus Dänemark zurückgekehrt und arbeitete aufgrund seiner Englischkenntnisse als Mitarbeiter bei IOM. Auch er fand es unsicher und wäre lieber weiterhin in Dänemark.

Und auch der dritte Mann, der aus Hamburg im Januar zwangsweise abgeschoben wurde, erzählte von den Schwierigkeiten, mit seinem Onkel sich ein Zimmer zu teilen. Nach den ersten Monate ohne jede Hilfe fand er erst später zu IOM, die sich dann seiner angenommen haben. Wir sahen ein afghanisches Tonstudio, "den" Popsänger Afghanistans und einen Produzenten. Wir hörten den ersten Song und hörten die Hoffnungen auf einen Frieden und neue afghanische Musik.

Das alltägliche Leben ist wahrscheinlich nur mit solchen Träumen zu ertragen. Der Mann verdiente nicht viel und hatte kaum etwas zum Leben. IOM hatte ihm eine Hammondorgel finanziert. Aber all seine eigenen Instrumente lagerten weiter in Hamburg.

Uns wird nochmals deutlich, was der Unterschied ist, wenn Deutsche Abschiebungen vornehmen oder man unterstützte Abschiebungen vornimmt in anderen europäischen Staaten.

Fardin, den wir privat treffen, ist das bitterste Beispiel einer erzwungenen Rückkehr, 22 Jahre alt, aus Bayern mit entsprechendem Dialekt, 9 Jahre in Bayern gelebt, Eltern und Geschwister haben dort Aufenthalt. F. ist freiwillig ausgereist wegen der Straffälligkeit stand seine Abschiebung bevor. Dari hat er kaum noch gesprochen. Er hat keinen Schulabschluss und lebt seit acht Monaten abwechselnd bei verschiedenen verwandten Familien. Schwierig ist das vor allem dann, wenn Töchter da sind. Er ist heimwehkrank – und meint Bayern, das er besser kennt als dieses Land.

Wir fragen nach Sprachkursen und Ideen seine Situation zu verbessern. Er erzählt von AGEV, wo am Gitter des Eingangstor Dolmetscher warten, denen man Bewerbungen abgeben müsse. 80 \$, die man als Unterstützung erhalte, reichten nicht zum Leben, so seine Meinung, 150 bräuchte man, wenigstens um einen Schlafplatz zu zahlen. Er hatte die Berufsvorbereitungsschule gemacht, Metzger und Bäcker-Kurse besucht. Doch ohne Praxiserfahrungen und Sprachkenntnisse würde es schwer werden.

Einziges Lichtblick, er könne jetzt die Reinigungsvorschriften und könne seine Cousins mit zur Moschee begleiten.

Fazit

Hilfsweise könnte ein trilaterales Abkommen wie Großbritannien denen helfen, die lange (vier Jahre) im Aufnahmeland leben, ein Bleiberecht zu erhalten.

Viele, die sich in Deutschland im sicheren Aufenthalt befinden, kümmern sich um den Aufbau von Schulen, den Aufbau von Häusern und Geschäften und helfen so durch Investitionen und Know-how mit, damit es Afghanistan besser geht. Viele Rückkehrerfamilien berichten zudem über finanzielle Unterstützung durch im Ausland lebende Verwandte.

Zudem liegt ein klarer humanitärer Kriterienkatalog für die freiwillige Rückkehr wie die unterstützte Abschiebung vor.

Es scheint mir unsinnig, restriktive deutsche Sonderwege zu gehen, die zugleich dem Auftrag, die innere Sicherheit eines Landes aufzubauen, entgegenstehen.

Bildung

Wir haben die Universität in Kabul besucht und mit dem Präsidenten der Universität, Daoud Rawosh, gesprochen.

Zahlen: 80% aller Afghanen sind Analphabeten und verfügen über keine Bildung oder keinerlei Ausbildung. Die Ausbildung von Kindern geht z.Z. im Staat vor. Dazu werden 100000 Lehrer in Afghanistan gebraucht. 1000 aber nur pro Jahr ausgebildet.

An der Kabuler Universität gibt es 200 Professoren, 5360 Studenten, davon 65 % Frauen. Fakultäten sind:

Naturwissenschaft, Literatur, Sprache, Sport, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Daneben gibt es Weiterbildung/Fortbildung für die Lehrer im Schuldienst.

Es gibt keinen Zweig für Behindertenpädagogik bei 2 Millionen Behinderten im Land.

Gefragt welche Rolle beim demokratischen Aufbau die Universitäten spielen, kommt die Antwort, sie hätten kein politisches Mandat. Es existiert keine Unterscheidung zwischen Einmischung in die Tagespolitik und Demokratie-Bildung.

Die Meinung des Universitätspräsidenten: Der Krieg in Afghanistan läuft immer noch, nur mit anderen Mitteln.

Uns waren viele Szenen aufgefallen, wo Kinder ausgesprochen aggressiv agierten.

Friedenspädagogische Ansätze wären hilfreich, werden aber kaum diskutiert.

Es gibt 7000 Schulen in den Provinzen des Landes. In vielen Klassen wird altersgemischt gearbeitet, da die Kinder lange nicht zur Schule gingen. So besteht eine 7 Klasse aus 14- bis 18-jährigen. Wie überhaupt junge Leute einen Abschluss haben können, um zu studieren, wurde nicht beantwortet. In vielen Schulen Kabuls wird schichtweise gearbeitet: Von 8 Uhr bis 12 und von 12 Uhr bis nachmittags, um den Andrang zu bewältigen.

In Kabul ist es kein Problem auch als Frau Jungen zu unterrichten. Auf dem Land ist dies anders, manches traditioneller. Mädchen und Jungen werden getrennt beschult. Mädchen bisweilen auch gar nicht.

Ein Lehrer verdient 3900 Afghani.

Die Erreichbarkeit von Schulen auf dem Land ist ein Problem. In der Provinz, wo wir waren, brauchte ein Kind zwei Stunden für den Schulweg.

Beim Gespräch mit einem Mitarbeiter der PR-Abteilung des Landwirtschaftsministerium geht es auch um Entwicklung und Bildung. Er selbst war Journalist, in den Iran geflohen und ist zurückgekehrt. Seine Töchter studieren auf Lehramt.

Erwachsenenbildung ist nicht sehr verbreitet. Zeitungen auf Comic-Niveau sollen landwirtschaftliche Methoden in den Provinzen den Menschen näher bringen. In vielen Regionen unterstützen auch lokale Radiosender die Aufklärungsprogramme.

Fazit

Das Bildungssystem steckt in den ersten Anfängen. Die Probleme sind immens. Das Fehlen von Lehrern, die schlechte Bezahlung von Lehrern, die Aggressivität der durch den Krieg zum Teil geschädigten Kinder, Kinderarbeit und Armut, mangelnde Unterstützung durch Eltern, bis hin zu Fragen wie soll eine Universität funktionieren, die z.T ihren Internetzugang nicht bezahlen kann. Von der Beheizbarkeit von Schulen im Winter angefangen, über die zu weiten Schulwege, die mangelnde Ausbildung der Lehrer, die Krankheiten der Kinder, Ausfälle durch Erntezeiten. Dass Rückkehrerkinder sich zurechtfinden können in einem solchen Schulsystem, bezweifle ich. Selbst die wenigen internationalen Schulen, die es gibt,

haben kaum Zeit auf die besonderen Integrationsprobleme aus Europa stammender Kinder einzugehen.

Gesundheit

Wer behauptet, es gäbe ein Gesundheitssystem, lügt. Die uns das sagt, muss es wissen. Sie ist Hebamme in einem Krankenhaus. Es fehlt an allem: an wirksamen Medikamenten, an ausgebildeten Fachkräften, an einfacher Hygiene.

Es fehlt an Ärzten, die 100 Afghani pro Patient erhalten und meist nebenher eine eigene Apotheke mitbesitzen, wo sie an den verordneten Medikamenten etwas mitverdienen.

12 Krankenwagen stehen in Kabul zur Verfügung, wie man sie erreicht ist, fraglich und vom Handybesitz abhängig – und dass man dann noch weiß, wo man anrufen muss. Bei 3-4 Millionen Einwohnern ist dies nichts.

Ein Gesundheitswesen ist nicht vorhanden, bestätigte auch die Oberärztin der ISAF, der man schwere Fälle vors Lager legt, meist Kinder mit Hautverbrennungen und Hauterkrankungen.

Der Polizeioberst des Distrikt 12 in Kabul sagte uns, selbst das Krankenhaus für 50 Menschen reiche nicht aus- immerhin für 98000 Einwohner und –zig unregistrierte Menschen.

Und der Distriktgouverneur der gesamten Provinz Parwan zählt auf, wo es am meisten hapert: das Gesundheitssystem, weil das Wasser schlecht ist und die Luft kaum zum Atmen ist. Die Kinder sterben gerade im Winter immer wieder an Lungenerkrankungen, ob es sich um TBC handelt, wurde nicht untersucht.

Andererseits ist die gesamte Luft bei offenen Kloaken durch den entstehenden Staub hoch toxisch.

Es gibt Ansätze an manchen Orten, medizinische Aufklärung und Aufklärung zu Hygiene. Dennoch sind alle üblichen Krankheiten kaum behandelbar.

Eine Liste des UNHCR-Büros in Kabul vom Dezember 2004 weist dies nach.

Fazit

Eine Gesundheitsversorgung ist nicht vorhanden.

Menschen, die an Krankheiten leiden, und sei es einfache Atemwegserkrankungen, sollten z.Z. weder abgeschoben noch zur freiwilligen Ausreise gedrängt werden.

Menschenrechte

Kinder

Wir sahen viele Fälle von Kinderarbeit. Durch die mangelnde Wasserversorgung gerade der Ansiedlungen auf den Hügeln von Kabul, sind es Kinder, die als Wasserträger arbeiten. Überall sind es die Kinder, die Kisten schleppen, um Geld mit zu verdienen, oder Getränke verkaufen.

Selbst die Polizei weiß von Fällen des Verkaufs von Kindern und Frauen, die nicht im Schutz von Familien stehen und für die es regelrechte Märkte gäbe. Wir können das nicht selbst sehen, weil es zu gefährlich ist.

Kinder haben keine Rechte. Sie müssen arbeiten und haben keinen Anspruch auf Gesundheit. 185 Kinder von 1000 sterben vor dem 5. Lebensjahr.

Mit den Frauen im Familienkreis besprechen wir ihre Situation. Sie tragen Burka, nicht allein aus religiösen Gründen, sondern auch als Selbstschutz. Sie empfinden die Männer als Gefahr und erzählen, dass viele ohne ihre Familien zurückkehrten. Sie fürchten tätliche Angriffe und fühlen sich eher durch die Burka geschützt. Zudem bietet diese gegen den Staub eine gewisse Abwehr.

Beispiel

Die Juristin der Human Right Commission of Afghanistan verzweifelt oft angesichts der Lage der Frauen. Man käme sich vor, als wolle man mit einem Löffel einen Berg abtragen. Die Kommission unternimmt Reisen durchs Land und erstellt Berichte.

Wir fragen nach der Steinigung einer Frau, von der bei uns die Presse berichtete. Sie berichtet in diesem Fall seien die Täter nach Kabul überstellt worden.

Manches sei besser, gerade dass die Mädchen zur Schule gingen. Doch seien auch die Schulen noch so schlecht, dass sie ihre Tochter lieber selbst unterrichtet.

Das Empfinden von Sicherheit sei nicht vorhanden. Die Angst ist ständiger Begleiter, wenn man öffentliche Plätze aufsuche wie Märkte oder durchs Land reise.

Nicht nur für Ausländer sei das Leben gefährlich in Afghanistan, auch für gebildete Menschen, den Mittelstand und die Oberschicht sei es schwierig. Kriminalität und Gewalt nehme zu. Obwohl man dringend Hilfe brauche in allen Bereichen von Wissenschaft und Verwaltung, könne man nicht um diese bitten. Rückkehrerfamilien sei nicht zumutbar, für so wenig Geld zu arbeiten und dann in dieser rechtlosen unsicheren Situation auszuhalten.

Übrigens verdiente sie selbst 300 Euro, weil das Gehalt von internationalen Organisationen aufgestockt wurde. Ihr Mann an der Universität bekäme 85 Euro. 180 Euro kostete die 2 Raum-Wohnung, die sie mit 3 Kindern bewohnten.

Von den Polizeioberen hören wir von vielen Übergriffen, die nur aus „Spaß“, aus Langeweile oder anderen niederen Motiven passierten. Dabei werden Menschen verletzt, sogar getötet. Diese geschehen aus Angeberei, aber machten meistens die Verrohung durch den Krieg deutlich.

Über die Einnahmequelle „Korruption“ wurde sehr verklausuliert erzählt, immer mit dem Hinweis, was man denn machen solle, bevor man verhungere. Über die Steinigung befragt, billigten die meisten Polizisten, aber auch die Frauen und Männer in den Familien, dies als rechtmäßig.

Fazit

Wir hörten von vielen Vorfällen, die die Menschenrechtslage als dramatisch erscheinen lässt. Wir haben keine Folterorte sehen können, sehr wohl aber von willkürlichen Gewaltmaßnahmen gehört. Das Gefängnis gilt als Ort des Schreckens und auch die Polizei ist nicht der Garant der Sicherheit.

Vieles, was in Kabul gilt, gilt noch lange nicht darüber hinaus.

Vieles, was längst abgeschafft gehört, ist es nicht, da es nicht zu ahnden ist, ohne ein funktionierendes Rechtssystem.

Parlamentswahlen und Hoffnungen auf Besserungen

Viele Ansätze bleiben stecken, da Korruption und Gewalt vieles blockiert.

Zur Parlamentswahl befragt, antwortet ein stellvertretender Polizeioberst als Paschtune: „In unserer Provinz gibt es keinen, der lesen und schreiben kann, keiner der Abitur hat oder Akademiker ist; auf 100000 Menschen gibt es vielleicht 2 gebildete Leute.

Wer wählt und wer wird gewählt? – die Krieger“.

Politische Dinge sind Tabu für die Polizei, aber auch die gebildeten Universitätsprofessoren halten sich lieber zurück, statt Fragen offen zu diskutieren. Überhaupt scheint eine Diskussion über politische Themen schwer in Gang zu kommen.

Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat. Die Provinzen haben unterschiedliche Traditionen.

Viele hoffen weiter auf Frieden, der sich stabilisieren möge.
Andere sind aber angesichts der geringen Fortschritte des Wiederaufbaus auch ungeduldig.

In vielen Provinzen lagern noch gewaltige Waffenberge ein. In den Provinzen besitzt jeder, sogar Kinder ab zwölf Jahren, ein oder mehrere Gewehre.

Es braucht nur ein wenig Unzufriedenheit, um Unruhen auszulösen.

So flogen wir ab, als gerade in Jalabad die Universität brannte. Wir hörten von Toten. Die Armee, die ANA wurde auf dem Flughafen zusammengezogen. Hubschrauber landeten. Die Unruhen griffen später auf Teile Kabuls über.

Fazit

Bei aller Unterstützung der Regierung, die zwar ein gutes Wahlergebnis hatte, aber auch von mehreren als amerikanische Besatzungsmachts-Unterstützer eingestuft wurde, bleibt die Parlamentswahl eine entscheidende Prüfung. Diese gilt es abzuwarten, bevor endgültig über Rückführungen nachgedacht werden kann.

Besitzfragen und Wirtschaftsaspekte

Viele ungeklärte Besitzfragen sind zu lösen.

Die große Obdachlosigkeit in Kabul führt nicht nur zu wilden Camps von Obdachlosen, Rückkehrern, Binnenvertriebenen, also displaced persons, sondern auch zu einer Bautätigkeit an vollkommen ungeeigneten Stellen.

So bauten ca 10.000 bis 20.000 Menschen in Kabul eine Siedlung auf Hügeln, deren unterirdische Bunker schwere militärische Gerätschaften, Bomben etc. ungesichert enthalten. Und dies nur, weil der Boden keinem gehörte.

Heimkehrende Familien in die Provinzen stehen vor den eigenen, von Fremden bewohnten Häusern. Konflikte um Häuser und Land sind überall an der Tagesordnung.

Der Gedanke, Rückkehrern staatseigenen Land für den Hausbau zur Verfügung zu stellen, ist ein Programm des Flüchtlingsministerium. Doch die Millionen, die dies kosten soll, sind nicht nur die einzige Hürde. Auch ob solches Land tatsächlich dem Staat gehört oder nicht oder ungeklärtes Eigentum ist, wird schwer zu beantworten sein und noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

Auch die Wirtschaft kommt wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse schwer in Gang. Neben der mangelnden Infrastruktur, schlechten Transportwegen und anderen Schwierigkeiten, ist es vor allem die Aktiengesellschaft Milli-Bank, deren Arbeitsweise ausländische Investoren abschreckt.

Wenig Sinn machen Projekte, wo dann noch Firmen mit internationalem Geld und eigens herangeschafftem Personal arbeitet. Bei 90 % Arbeitslosigkeit, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eines der vordringlichsten Ziele.

Wir besuchten die Textilfabrik Golbahar. Die Fabrik wurde von Deutschen Anfang der 50er gebaut, dazu 600 Häuser und ca 50 Bungalows. Vieles wurde im Krieg zerstört, jetzt wurde die Siedlung wild besetzt wegen der großen Wohnungslosigkeit.

Der Aufbau der Textilfabrik verzögert sich, da sie als Aktiengesellschaft der Milli-Bank Kabul gehört.

Baumwollproduktion ist möglich. Textilindustrie wäre eine Möglichkeit. Solange es aber lukrativer ist, Mohn als Drogenstoff anzubauen, wird diese Schattenwirtschaft weiter den größten Bereich des Gesellschaft infizieren.

Polizeidistrikt 12 und die Hühnerfarm in Kabul.

Die Klage des Polizeiobersten, dass ISAF den Brückenaufbau an einem Fluss nicht unterstützen würde, ist nur eine von vielen. Man müsse 1 Stunde Umweg fahren. Wir versprechen bei unserem Besuch bei der ISAF vorher uns das anzuschauen und es anzusprechen. Dabei liegt die Brücke in Sichtweite der ISAF. Zudem habe man von den Deutschen 10 Fahrräder geschenkt bekommen. Aber die eigentlichen Probleme würden bleiben. Die Polizeistation sei eine ehemalige Hühnerfarm, die der Besitzer gerne wieder nutzen würde. Trotz eines Grundstücks, das zur Verfügung stünde, bekäme man keine Hilfe. Problem ist, dass nur die Restaurierung unterstützt wird, aber nicht ein Neubau. Der Polizeioberst ist verzweifelt. Wohin mit der Polizeistation?

Ziegelsteinbrennereien im Distrikt 12, die wir zuvor gesehen hatten, sind in der Umgebung der größte Arbeitgeber. Die Hitze wird durch Verbrennen von Reifen und Müll erzeugt. Die Luft ist dann nicht zum Atmen geeignet. Die Menschen leiden unter Bronchialerkrankungen, Lungenentzündungen, Augenerkrankungen. Viele Kinder sterben an Lungenerkrankungen.

Fazit

Um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu prognostizieren, braucht es mehr als ein paar Gemüseläden, die aus lauter Verzweiflung mit aus Pakistan importiertem Gemüse versuchen, das Überleben einer Familie mit zu sichern.

Auch die Menschen, deren Grundbesitzfragen ungeklärt sind, die obdachlos sind, die in Kabul stranden, tragen viel zur Unsicherheitslage bei.

NROs sind zwar Arbeitgeber und helfen damit vielen Familien. Sie bilden aber keine wirtschaftliche Basis eines Landes und Perspektive für die Menschen.

Dolmetscher und Sicherheitsleute sind die best bezahltesten Jobs, besser verdienend als Regierungsbeamte (wenn diese nicht auch international unterstützt werden) oder Universitätsprofessoren, von Ärzten ganz zu schweigen.

Viele verlassen deshalb aus ökonomischen Zwängen heraus ihre Stellungen, um lieber diese Posten anzunehmen, statt beim Aufbau weiter mitzuwirken.

Internationale Gelder für den Aufbau der Infrastruktur sollten daran gekoppelt werden beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu helfen, und nicht damit z.B. mit türkischen Arbeitern Straßen gebaut werden (Parvan).

Schlussansicht

Ich halte es für indiskutabel, jetzt mit zwangsweisen Rückführungen zu beginnen.

Die Parlamentswahlen sind auf jeden Fall abzuwarten. Und danach noch 12 bis 18 Monate, um zu sehen, ob das Land stabil ist und so bleibt. Diese UNO-Kriterien bezüglich der Konsolidierung von Stabilität und Frieden in ehemaligen Kriegsländern sind anzuwenden, auch von Europa.

Zudem halte ich es für fatal, den deutschen Sonderweg der forcierten Abschiebungen weiterzugehen, statt aus den Erfahrungen Großbritanniens, Dänemarks und den Niederlanden zu lernen.

Es braucht eine Bleiberechtsregelung ab 2001 für die sich im Land aufhaltenden Afghanen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, sowie sinnvolle Angebote für Rückkehrer.

Hier sind vor allem Möglichkeiten zu schaffen, um für eine gewisse Zeit nach Afghanistan zu gehen und die Familie in Sicherheit zu lassen und dann auch wiederkehren zu können.

Abschiebungen nach deutschem Muster - ohne eine vernünftige Perspektive der Betroffenen - behindern eher noch den deutschen Auftrag, die Sicherheit zu gewährleisten in Afghanistan, statt ihn zu unterstützen.

Abschiebungen von Männern, aber auch Frauen und Kindern, ohne die Sicherheit in den Heimatprovinzen durchzuprüfen oder Gesundheitsfragen zu berücksichtigen, sowie ohne vernünftige materielle Ausstattung und Begleitung vor Ort, verbieten sich angesichts der Lage des Landes.

Der deutsche Verteidigungsminister hat die Sicherheitslage kritisch beurteilt. Dies tun ebenfalls die Berichte des Auswärtigen Amtes.

Es ist die Frage, ob das Auswärtige Amt mit seinen Lageberichten noch ein Gewicht hat oder Innenminister der Länder gleich die Auslandspolitik übernehmen, um einfacher abschieben zu können.

Dass dies eine problematische Entscheidung ist und von hohen afghanischen Regierungskreisen kritisch gesehen wird, haben wir von ihnen im Gespräch selbst vernommen.

Die Abschiebungspolitik Deutschlands konterkariert die Aufbaubemühungen.

Hamburg, der 31.5.05
Fanny Dethloff